

Rechenschaftsbericht zum 14. Ordentlichen Bundeskongress des CGB

Matthäus Strebl, CGB Bundesvorsitzender

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, verehrte Ehrengäste,

der Rechenschaftsbericht, den ich als Bundesvorsitzender hier ablege, erstreckt sich über den Zeitraum vom 13. ordentlichen Bundeskongress am 22./23. Oktober 2004 in Erfurt bis heute, den 10. Oktober 2008 – den 14. ordentlichen Kongress hier in Nürnberg.

Die verschiedensten Termine, Begegnungen, ggf. Bundesvorstandssitzungen, Bundesvorstandssitzungen, Hauptausschusssitzungen, die in den vergangenen vier Jahren stattgefunden haben, lass ich bei diesem Rechenschaftsbericht außen vor.

Auf viele andere kleinere Begegnungen auf Bundesebene mit den Fachgewerkschaften möchte ich in meinem Rechenschaftsbericht ebenfalls nicht eingehen. Diese liegen Ihnen, so ist mir versichert worden, den Tagungsunterlagen bei. Daher beschränke ich mich mit meinem Rechenschaftsbericht auf die politischen Themen, die uns in den letzten vier Jahren bis heute, beschäftigt haben.

Wir, der Christliche Gewerkschaftsbund Deutschlands, die Dachorganisation von 16 Einzelgewerkschaften, vertreten als **zweitgrößter Gewerkschaftsdachverband in Deutschland**, ein breites Spektrum von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern.

Damit füllen wir den Gedanken des Gewerkschaftspluralismus in Deutschland mit Leben aus und erteilen der Einheitsgewerkschaft eine klare Absage!

Somit bin ich schon bei einem sehr wichtigen Thema, das meine Vorgänger bereits thematisiert hatten und das auch von mir mit den Kollegen und Kolleginnen des Bundesvorstandes und Hauptausschusses immer diskutiert und verteidigt wird.

Gewerkschaftspluralismus

Die Frage nach der Gewerkschaftsvielfalt ist eine Frage, die den CGB seit fast 50 Jahren – nächstes Jahr feiern wir das 50-jährige Nachkriegsbestehen des CGB - beschäftigt.

Die Forderungen derjenigen, die die Einheitsgewerkschaft wollen und ich sage den Namen des Deutschen Gewerkschaftsbundes und deren Mitgliedsgewerkschaften ganz bewusst, ***konnten bisher von uns erfolgreich abgewährt werden.***

Im Gegenteil: Der antidemokratische Kampf des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften führte zu einer Renaissance der christlichen Gewerkschaften!

Dass es zu einer Renaissance der christlichen Gewerkschaften kam, ist unter anderem einem **wichtigen Etappensieg der Christlichen Gewerkschaft Metall** vom März 2006 zu verdanken.

Der CGM ist durch das Bundesarbeitsgericht – der höchstrichterlichen Instanz für Arbeitsrechtsstreitigkeiten in Deutschland - die **Gewerkschaftseigenschaft vollumfänglich bestätigt** worden. Der CGB war von Anfang an diesem Verfahren beteiligt, wir haben uns eingebracht und das Verfahren aktiv mitgestaltet, und gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen der CGM diesen gerichtlichen Erfolg errungen!

Wenn man aber meint, dass in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen, mit dieser höchstrichterlichen Entscheidung endlich Schluss sei, der muss enttäuscht werden.

In den vergangenen Jahren haben weitere gerichtliche Angriffe auf CGB Gewerkschaften stattgefunden. Die Zunahme solcher Gerichtsverfahren zeigt, wie notwendig es ist, dass der Gesetzgeber die Rechtsgrundlage für solche Verfahren verändert. Aus unserer Sicht stellt die Möglichkeit aus prozesstaktischen Gründen ein **Statusverfahren nach § 97 Abs. 5 ArbGG** einzuleiten, einen **eklatanten Missbrauch des ArbGG dar**.

Daher fordern wir den Gesetzgeber auf, zu handeln und diesem Missbrauch einen Riegel vorzuschieben, um die **Gewerkschaftsvielfalt** in Deutschland zu erhalten und dann dem **Einheitsbrei** – sprich der Einheitsgewerkschaft – eine **klare Absage** zu erteilen!

Verehrte Kollegen, Verehrte Kolleginnen,

wer glaubt, dass christliche Gewerkschaften nur in der Frage der Tariffähigkeit gerichtlich angegriffen werden, der wird erneut enttäuscht werden.

Die **Frage der Tarifizständigkeit** ist die neue Masche der gewerkschaftlichen Konkurrenz.

So wird vom DGB aus unserer zweitgrößten Gewerkschaft im CGB, der **DHV – Die Berufsgewerkschaft e.V.**, beim Bundesarbeitsgericht die Tarifizständigkeit streitig gemacht.

Streitgegenstand ist, ob ein Tarifvertrag, der seinem Geltungsbereich nach alle Beschäftigten einschließt, auch für alle Beschäftigungsverhältnisse Anwendung finden darf, wenn die tarifvertragsschließende Gewerkschaft ihre Kernzuständigkeit auf bestimmte Berufsgruppen beschränkt hat.

Die zweite spannende Frage ist, inwieweit der **Grundsatz der Tarifeinheit** in einem Betrieb noch Gültigkeit hat, wenn Berufsgewerkschaften nur für einen Teil der Belegschaften Tarifverträge schließen dürfen. Dieses Verfahren ist, verehrte Kolleginnen und Kollegen, von grundsätzlicher Bedeutung für die

Gewerkschaftslandschaft in Deutschland. Der CGB bringt sich in das Verfahren aktiv mit ein und betreibt das Verfahren mit der DHV mit besonderem Engagement.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

allein diese geschilderten Gerichtsverfahren zeigen, dass unser Kampf um Anerkennung und Durchsetzung von Gewerkschaftsvielfalt in einer offenen und pluralistischen Gesellschaft bei weitem nicht der Geschichte angehört!

Der unberechtigte Anspruch des Deutschen Gewerkschaftsbundes, **alleiniger Interessenvertreter** für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sein, ist **Ausdruck des Strebens nach totalitären Gesellschaftsformen**. Das lehnen wir vom CGB entschieden ab!

Das Verhalten des DGB gehört meines Erachtens, und ich sag es klar und deutlich, in das vorherige Jahrhundert, wo man mit roten Fahnen und mit dem Gesicht zur Sonne zur Freiheit hinter den Fahnen nach gelaufen ist!

Wir leben im 21. Jahrhundert. Wir leben in einer globalisierten Welt. Und wir müssen unsere Gedanken für die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben in die Zukunft richten und deswegen haben wir auch heute viele solcher Anträge zu beschließen, mit denen wir die Zukunft dementsprechend gestalten wollen.

Wir setzen uns für ein soziales Miteinander ein. **Nicht Spalten, sondern die Gesellschaft vereinen, dass ist das Streben und Tun der christlichen Gewerkschaften!**

Wir, die Christlichen Gewerkschaften, stehen für **Subsidiarität und Solidarität!** Das ist unsere **Antwort auf die Einheitsgewerkschaft und Gleichmacherei** des DGB.

Globalisierung

Da ich gerade die Globalisierung angesprochen habe, möchte ich hier kurz inne halten. Auch das ist ein Thema, dass uns schon öfters in Diskussionen im Bundesvorstand und Hauptausschuss beschäftigte.

Zu viele sehen die Globalisierung nur als ökonomischen, weltwirtschaftlichen Vorteil. Der Standpunkt der christlichen Gewerkschaften ist, dass **Globalisierung** auch eine Chance ist, die Chance gerade der ärmsten Länder an der Weltwirtschaft teilzunehmen.

Umgekehrt ist auch die gleiche **Chance für Deutschland und Europa** mit seinem großen Binnenmarkt **Antworten auf die neuen Herausforderungen zu finden**.

Es ist die Chance **demokratische Werte in der Welt** zu verbreiten.

Globalisierung bedeutet auch die Verbreitung von **Rechtsstaatlichkeit**, fördert das **Ideal der Menschlichkeit** und die **weltweit gültigen Werte**, nämlich ein **christliches Menschenbild**.

Natürlich hat die Globalisierung auch Begleiterscheinungen, die uns beunruhigen. Wenn zum Beispiel Werke, die mit **Hilfe von Subventionen** in Deutschland aufgebaut wurden, nach Ablauf der Haltefrist ins Ausland, in ein preiswerteres Land, abwandern.

Wenn wir aber auf die Globalisierung mit **nationaler Subventionitis** reagieren, können wir sie nicht gewinnen! Der Steuerzahler zahlt immer doppelt.

Erst zahlen wir **Steuern für die Ansiedlung** dieser internationalen Konzerne, der global player, und wenn die Vertragsfrist abgelaufen sind, zahlen wir ein zweites Mal **Steuern, bei der sozialen Begleitung der Abwicklung**.

Vernünftiger wäre es in Zeiten der Globalisierung das Geld der Steuerzahler nicht mit Subventionen für den kurzfristigen Effekt zu vergeuden, sondern es längerfristig in Infrastruktur oder in Bildung zu investieren!

Daher sage ich unmissverständlich als christlicher Gewerkschaftsvertreter, Globalisierung ist die Chance für Demokratie und Freiheit und die Chance für ein christliches Menschenbild in der Welt!

Glaubwürdig ist nur der, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, der bei Freiheitsberaubung auch dann nicht die Augen verschließt, wenn sie durch Staaten geschieht, mit denen wir wirtschaftlich zusammenarbeiten. Wer Demokratie für Kuhbau fordert, der darf Guantanamo nicht bauen!

Christliche Soziallehre

Liebe Freunde und Mitkämpfer,
Liebe Delegierte und verehrte Ehrengäste,

die große Zahl in den verschiedensten Begegnungen bei meinen Versammlungen, sei es im Bereich der christlichen Gewerkschaften oder sei es in anderen politischen Bereichen, zeigt, wie die Menschen aufgewühlt und berührt sind von dem, was ökologisch und sozial in unserem Land stattfindet.

Es zeigt mir auch, dass die tiefe **Sehnsucht** der Menschen vorhanden ist **nach geistiger Orientierung**, nach **christlichen Sittengesetzen** und der **christlichen Soziallehre**.

Die Menschen in Deutschland, vor allem in der arbeitenden Welt, haben Sehnsucht nach einer verlässlichen Politik. Sie haben Sehnsucht nach Grundsätzen, nach einem klar definierten Gesellschaftsbild, nach einer Gesellschaft, wo der Mensch das Maß der Dinge ist und nicht das Kapital.

Andere wie z. B. einige **Konzernchefs**, oder auch einige Vertreter aus der Politik wollen glaubhaft machen, dass der Sozialstaat und die **Arbeitnehmerrechte die Ursache** für die wirtschaftliche Entwicklung sind, wenn es mal nicht so läuft in Deutschland.

Das sage ich ganz deutlich und komme auf ein Beispiel, was mir in vielen Begegnungen in allen soziologischen Schichten aufgefallen ist: **Universitäten lehren die absolute Gewinnmaximierung.**

Nur dass das klar ist, ich bin nicht gegen Gewinne von Firmen. Aber wen wundert es dann noch, dass gute Schüler dieser Professoren an Universitäten in der Praxis alle Kosten als gewinnschädigend betrachten. Dazu zählen sie die **Lohnkosten und deren Verursacher**, die Arbeitnehmer, dazu zählen die Arbeitnehmer, die damit zum **Kostenfaktor** herabgewürdigt werden.

Das, verehrte Kolleginnen und Kollegen, haben unsere Freunde in den Betrieben, sei es am Schraubstock oder sei es am Schreibtisch, nicht verdient!

Daher fordere ich von den Universitäten, lehrt nicht nur Gewinnmaximierung. Lehrt auch mehr **soziales Miteinander, Menschenführung, gegenseitiges Verständnis und auch Rücksichtnahme!** Weg von dieser Ellenbogengesellschaft unter den Managern.

Das ist **mein Traum** als CGB Bundesvorsitzender und solange ich dieses Amt inne habe, werde ich mit den Kolleginnen und Kollegen im Bundesvorstand und Hauptausschuss für eine bessere und gerechtere Arbeitswelt eintreten!

Kündigungsschutz

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen,

ich kann mich erinnern, als wir in den 90er Jahren über den **Kündigungsschutz** gesprochen hatten, als es darum ging diesen schrittweise zu lockern.

Dieses Thema erscheint immer wieder periodisch auf der Agenda, wenn es irgendwas und irgendwo in Deutschland nicht so läuft.

Es gibt ja faktisch heute schon für die über 50-jährigen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Deutschland keinen Kündigungsschutz mehr. Die Gesetze sind in den letzten Jahren so verändert worden, im Zusammenhang mit befristeten Arbeitsverträgen, dass sie einen Arbeitnehmer über 50 Jahre mit befristeten Arbeitsverträgen beschäftigen können, ohne jeden Kündigungsschutz. Und das nach Belieben und unbegründbar.

Die **Realität** schaut doch jetzt nicht aus, als ob die über 50 Jährigen eingestellt werden. Sondern die Realität schaut so aus, dass die **über 50 Jährigen entlassen** werden und wenn sie entlassen worden sind, haben sie kaum eine Chance wieder in Arbeit zu kommen.

Ich sage das, weil man aus der Geschichte lernen muss. Wer die Vergangenheit nicht kennt, der kann die Zukunft nicht gestalten!

Wir wissen auch, was in der Endphase der Regierung Kohl geschah. Damals hatte die deutsche Industrie zugesagt, 440.000 Arbeitsplätze zu schaffen, tatsächlich

wurden null Arbeitsplätze geschaffen. Daher sage ich aus der Geschichte lernen, ist noch gar nicht solange her.

Hier geht es um viel mehr. Es geht auch darum, dass einige die Kulturlandschaft in der Arbeitswelt zerschlagen wollen. Was über Jahre aufgebaut worden ist, was zum sozialen Frieden in Deutschland geführt hat, lassen wir uns hier nicht so ohne weiteres zerstören! Die Menschen, die Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, wollen Verlässlichkeit haben.

Die Vertreter der neoliberalen Lehre glauben, die Wirtschaft muss völlig frei agieren können und sie glauben, dass jeglicher Schutz durch die Sozialgesetzgebung systemwidrig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ***was über Jahre aufgebaut wurde, was zum sozialen Frieden in Deutschland beigetragen hat, lassen wir uns von den Neoliberalen nicht zerstören!***

Ladenschluss

Erinnern wir uns gemeinsam an die Zeit Mitte der 90er Jahre. Damals wurde uns gesagt, wenn wir den **Ladenschluss** liberalisieren, geht es aufwärts in unserem Land. Dann können die Leute, die nicht rechtzeitig einkaufen können und eine ungeheure Nachfrage haben, diese Nachfrage zur späteren Tageszeit erfüllen.

Es hat 1996 mit der Lockerung des Ladenschlussgesetzes begonnen und es sind viele Maßnahmen erfolgt.

Die **Realität** ist aber: der **Umsatz ist nicht gestiegen**. Was gestiegen ist, sind die Kosten des Einzelhandels. Er musste das Personal anders organisieren und die Zahl der Einzelhändler ist in Deutschland um über 15 Prozent zurück gegangen und damit auch die Zahl der Arbeitsplätze.

Das ist die Folge einer falsch verstandenen Liberalisierung.

Und deshalb können wir gemeinsam stolz sein, dass damals schon die christlichen Gewerkschaften und die christlichen Sozialen in Deutschland schon darauf hingewirkt haben, dass man hier bedächtig damit umgeht, wenn man dementsprechend den Ladenschluss liberalisiert, wie es damals geschah.

Sonntagsarbeit

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen,

auch periodisch, wenn es irgendwie in die politische Diskussion passt, kommt die Frage nach der **Sonntagsarbeit**. Auch dieses Thema spielte im Berichtszeitraum ein paar Mal eine Rolle.

Wir wollen, dass unser Sonntag erhalten bleibt.

Wir wissen aber auch, dass es Berufsgruppen gibt, seien es Krankenschwestern, sein es Polizeibedienstete, seien es Beschäftigte des Deutschen Roten Kreuzes und viele andere, die Rund um die Uhr tätig sind.

Wenn wir uns eine Gewerkschaft christlich-sozialer Arbeitnehmer nennen, dürfen wir bei allem Zeitgeist nicht in eine **Politik der Beliebigkeit** einsteigen!

Wir haben in der Vergangenheit, und wir werden auch in der Zukunft, die Grundlagen des christlichen Sittengesetzes und auch die **christliche Soziallehre**, auch im Zeitalter der Globalisierung des 21. Jahrhunderts, **zur Grundlage unserer Politik** machen.

Und ich sage auch mit Blick in Richtung Berlin:

Macht keine Politik gegen die Arbeitnehmer und vergesse nicht das Ziel den Wohlstand für alle zu mehren und Wirtschaftskompetenz mit sozialer Verantwortung zu verbinden.

Darum lasst uns gemeinsam von hier aus ein **Signal senden**, aus Nürnberg vom 14. ordentlichen Bundeskongress, in dem wir klar und deutlich sagen, **lasst den Sonntag in Ruhe und lasst die Leute endlich zur Ruhe kommen!**

Chancengleichheit

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen,

die große **Werteverschiebung** ist das „**in Frage stellen**“ **der Prinzipien eines modernen Sozialstaats, einer solidarischen Bürgergesellschaft, eines mündigen Bürgers**, der den Menschen in die Lage versetzt, ein Leben in Würde und Selbstachtung zu führen, der den Menschen beteiligt an einer gerechten Einkommens- und Vermögensbeteiligung, der den Menschen die Chance gibt teilzuhaben an der Bildung, der den Menschen auch die Chance gibt, durch eigene Arbeit seinen Lebensunterhalt bestreiten zu können.

Aber wenn mir gesagt wird, mein Sohn oder Tochter soll es besser haben, muss ich sagen, zur meiner **Chancengleichheit** gehört, dass jeder, ob Sohn oder Tochter eines Arbeiters oder Bauers, genauso weit kommen kann, wie der Sohn oder die Tochter eines Universitätsprofessors!

Wir leben jedoch in einer Gesellschaft in Deutschland, in der oft gesagt wird, je näher der junge Mann oder die junge Frau an der Universität ist, desto wertvoller ist unsere Gesellschaft. Das ist ein Trugschluss!

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, wir **müssen auch die Menschen ernst nehmen, die mit der Hand die Welt begreifen lernen!**

Die Kopfarbeit, die Theoretiker sind wichtig, aber auch die Handarbeiter. Sonst kommen wir zum Schluss dahin, dass jeder in Deutschland eigenständig die

Relativitätstheorie erklären, aber niemand mehr den Nagel in die Wand schlagen kann!

Hartz IV / ALG II

Meine sehr verehrten Damen und Herren,
Meine sehr verehrten Damen und Herren,

Hartz IV bzw. Arbeitslosengeld II war im Berichtszeitraum auch immer ein Thema im Bundesvorstand. Wir haben hierzu zahlreiche Presseerklärungen abgegeben. Die Vorgeschichte kennt jeder, die Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe wurden zusammengelegt. Die damals regierenden Parteien haben das so gewollt.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, **Gründlichkeit vor Schnelligkeit hätte dem Land besser getan** und dem betroffenen Personenkreis. Man hätte einen Probelauf – nach unterschiedlichen Strukturen der Kommunen – laufen lassen sollen.

Man muss schon da unterscheiden bei dem Thema, zwischen einem 20-jährigen, der sich für eine Sozialhilfekarriere entschieden hat und einem 57-jährigen, der 3 Kinder in der Ausbildung hat, wenn es um die **Einkommens- und Vermögensanrechnung** geht.

Ich kann Ihnen aus meinen politischen Sprechstunden und sonstigen Kontakten mit Menschen berichten.

Wie viele Leute kommen zu mir und verstehen nicht, dass sie als ALG II Empfänger ihre Lebensversicherung verscherbeln sollen und zwar zum Rückkaufswert. Dies obwohl ihnen vom Staat vorher immer gesagt worden ist, sie sollen mehr Vorsorge für das Alter betreiben.

Analog zur Lebensversicherung gilt dies auch für die Eigentumswohnung, wenn der Betroffene sie nicht selber nutzt. Das ist purer Sozialismus!

Wir haben in Deutschland die Situation, dass **jemand, der vorsorgt, im Alter versorgt** ist. Aber **jemand, der nicht vorsorgt, vom Staat auch versorgt wird**.

Es kommt für die Menschen auf mehr im Leben an, als nur auf Ökonomie, die Haushaltsziffern, auf Börsenentwicklungen und Aktienkurse.

Leider ist es in Deutschland genauso wie in anderen Ländern, dass wir jeden Winkel unseres Lebens nur noch ökonomisieren. Und dass derjenige als erfolgreich gilt, bei dem die Zahlen stimmen, aber niemand die Frage stellt, wie geht es eigentlich hinter den Zahlen den betroffenen Menschen!

Ich sage Ihnen, nachdem ich 30 Jahre in der Kommunalpolitik, 10 Jahre dem Deutschen Bundestag angehörte, erlaube ich mir das zu sagen: **Wir haben in Deutschland zu viele Mundwerker, anstatt Handwerker!**

Wir müssen wieder mehr solche Leute haben, damit wir Deutschland in Zeiten der Globalisierung auf einen Stand bringen, der auch unseren Bürgerinnen und Bürgern in den Betrieben nützt.

Mindestlohn

So viele Handwerker haben wir auch bei dem Thema **Mindestlohn**.

Wir, der CGB, halten den Kompromiss zur Mindestlohnfrage und den Plänen des Bundesarbeitsministers, vom 16. Juli 2008, das **AEntG und das MIA zu verändern**, für einen **Angriff auf die Tarifautonomie**.

In der Vergangenheit wurde von den DGB-Gewerkschaften stets betont, dass der Staat sich aus der Tarifarbeit herauszuhalten habe. Und ein Treppenwitz ist es, wenn von den DGB-Gewerkschaften selbst **670 Tarifverträge** in Bereichen **unter** dem von ihnen selbst geforderten **Mindestlohn von 7,50 €** abgeschlossen haben.

Und dort wo der **DGB in der Tarifpolitik versagt hat**, soll nun der Staat einspringen und die Arbeit von Gewerkschaften übernehmen. **Dies ist verfassungsrechtlich nicht nur bedenklich, dies ist ein Verfassungsverstoß!**

Mindestlohnminister Olaf Scholz erweist sich hier als hochrangiger Gehilfe zugunsten des SPD-Wahlkampfmaschinen und DGB Vorsitzenden Michael Sommer.

Ich sage nur eins, Minister Scholz sollte sich vielmehr daran erinnern, welchen Eid er bei Amtsantritt vor der Öffentlichkeit gesprochen hat. Hier heißt es in der Eidesformel: „...das Grundgesetz und die Gesetze des Bundes wahren und verteidigen, ...“

Wer sich so verhält, wie unser Bundesarbeitsminister, sollte seinen Platz räumen. **Das Land braucht gesetzestreue Minister und keine Scharfrichter, welche konkurrierende Gewerkschaften enthaupten wollen!**

Zu dem Thema AEntG und MIA hatten wir kürzlich beim Bundeswirtschaftsminister Michael Glos ein ausführliches Gespräch. Und wir sind gespannt, welche Lösungen im Zuge des parlamentarischen Verfahrens noch gefunden werden. Vielleicht gibt es noch eine Anhörung dazu.

Eines darf aber nicht sein: Nämlich dass ein oder mehrere Tarifverträge per Staat ausgehebelt werden! Das wäre die Vernichtung der Tarifhoheit und würde einen großen Flurschaden hinterlassen.

Mitarbeiterbeteiligung

Anders sieht es bei dem Thema **Mitarbeiterbeteiligung** aus.

Die Entscheidung der Bundesregierung, die Beschäftigten stärker an den Gewinn ihres Unternehmens zu beteiligen, begrüßen wir sehr. Mit dem Beschluss ist eine ureigenste Forderung der christlichen Gewerkschaften entsprochen worden.

Fakt ist doch, dass die immer stärker auseinanderklaffende **Schere zwischen den Steigerungen der Arbeitnehmereinkommen und den Firmen- und Vermögenseinkommen** in den vergangenen Jahren die Praxis war.

Jetzt wird durch die Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung die Möglichkeit eröffnet, diese Schere wieder ein Stück weit zu schließen.

Damit wird Arbeitnehmern die Chance gegeben, abseits von Tarifentwicklungen, am **Erfolg des Unternehmens zu partizipieren** und eine weitere Einkommensquelle zu erschließen.

Bleibt also zu hoffen, dass entgegen dem bisherigen Trend möglichst viele Unternehmen ihren Beschäftigten die Möglichkeit der Mitarbeiterbeteiligung anbieten und unterstützen.

Ich rufe daher von diesem Bundeskongress alle Firmen auf: nutzt diese Möglichkeit und setzt die Mitarbeiterbeteiligung in die Tat um! Es dient dem sozialen Miteinander in deinem Betrieb.

Ethik und Moral in der Wirtschaft

Verehrte Kolleginnen und Kollegen,

Forderung nach mehr Ethik und Moral bei Konzernchef und Managern war immer ein Thema bei den Bundesvorstandssitzungen. Dieses Thema habe ich mir zum Schluss meines Rechenschaftsberichtes aufgehoben. Dieses Thema ist aus aktuellem Anlass wichtig angesprochen zu werden.

Das Verhalten einiger in den Führungsetagen dient nicht dazu, ein soziales Miteinander zu stärken, sondern es wird hier vielmehr mit Füßen getreten.

Nehmen wir das **Beispiel Nokia**. Die Kollegen mussten über Weihnachten 2007 arbeiten, Überstunden machen ohne Lohnausgleich, der Betrieb hatte Gewinne eingefahren und trotzdem die Ankündigung zu Jahresbeginn 2008, der Betrieb wird nach Rumänien verlagert. Frage: Was ist mit der Rückzahlung der Fördergelder?

Nehmen wir das **Beispiel AEG/Electrolux**. 1750 Beschäftigte waren betroffen und der Betrieb wurde nach Polen verlagert. Nicht der Betrieb beantragte Mittel bei der EU, sondern das Land Polen bekam sie. Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, so stellen wir uns die Europäische Union nicht vor!

Nächstes unrühmliches Beispiel betrifft einen langjährigen Gewerkschafter, einen Kollegen von uns, aber nicht vom CGB, sondern den ehemaligen Chef von **transnet**, einer Fachgewerkschaft des DGB, **Herrn Norbert Hansen**.

Er war gegen den Alleingang beim Streik der Lokführergewerkschaft GDL und beschwor die Einheitsgewerkschaft. Siehe da, er wird, wohl wegen seines loyalen Verhaltens während des Streiks, vom Vorstand der Deutschen Bahn zum Personalchef ernannt. Bisher nichts einzuwenden. Aber jetzt kommt es: kaum in Amt

und Würden kündigt der ehemalige Arbeitnehmervertreter als neuer Chef des Personals Arbeitsplatzabbau an.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

nächstes und letztes Beispiel. Die Diskussion im Frühjahr über die **Rentenerhöhung um 1,1 Prozent**. Es ist unerträglich, wie diese äußerst dürftige Erhöhung von manchem Sprecher von Unternehmensverbänden zu einem nationalen Unglück hochstilisiert wurde.

Schwer zu verdauen ist in diesem Zusammenhang das Geheule der Ackermänner in Deutschland. Das sind gerade diejenigen, die keinerlei Gewissensbisse haben, wenn sie sich exorbitante Einkommenserhöhungen und Abfindungen ausbezahlen lassen. Fungieren doch immer die gleichen stets als „**Bannerträger des Neoliberalismus**“ und haben keinerlei Skrupel, bei geringsten wirtschaftlichen Verwerfungen nach staatlicher Hilfe zu rufen!

Oder nehmen wir die **Bankenkrise: KfW oder Hypo Real Estate**.

Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen,

Dies waren einige Beispiele, Beispiele, die unsere Kollegen in den Betrieben Kopfzerbrechen bereiten. Dies sind aber Beispiele, wo das Vertrauen in die Betriebsführung Schaden nimmt, aber auch das Vertrauen in den Staat. Dadurch wächst die Angst der Menschen vor der Zukunft. Und **wenn es nicht gelingt solchen Erscheinungen das Handwerk zu legen, dann nimmt auch der demokratische Rechtsstaat Schaden!**

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

dies sind nur einige wenige Fragen und Themen, die uns in den letzten vier Jahren beschäftigten.

Neben **Fragen der Tarifverhandlungen, der Arbeitszeiten, der Arbeitsplatzsicherung, der Weiterbildung oder des Arbeitsschutzes**, die immer von den Vertretern der Fachgewerkschaften in den zahlreichen Bundesvorstands- und Hauptausschusssitzungen mit Sachverstand vorgetragen wurden, sind die von mir im Rechenschaftsbericht behandelten Themen, **Kernfragen unserer christlichen Gewerkschaften**, wo wir uns öffentlich einbringen.

Wir, der CGB, als Dachverband von 16 Einzelgewerkschaften sind **nicht die Bittsteller einer reichen Industrienation! Wir vertreten offensiv die Belange unserer Arbeitnehmer!**

Sie haben, wie alle anderen in dieser Volkswirtschaft auch das **Recht, menschenwürdig zu leben, am wachsenden Erfolg teilzuhaben** und an den Entscheidungen beteiligt zu werden. Wer Ihnen dauernd und lautstark dieses Recht bestreitet, zeigt in Wahrheit, dass er das Wort der sozialen Partnerschaft noch immer nicht richtig verstanden hat.

Deshalb, verehrte Delegierte und Gäste des 14. ordentlichen Bundeskongresses, sage ich am Schluss, ich werde in Zukunft darauf achten, dass wir unsere Forderungen noch klarer formulieren und unsere Rechte noch stärker verteidigen! Unser Kongress soll dazu beitragen.

Der CGB kann auf erfolgreiche vier Jahre zurückblicken. Und der Grundstock der erfolgreichen Arbeit ist das Ergebnis einer **guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit** zwischen den Kolleginnen und Kollegen im Bundesvorstand und Hauptausschuss.

An dieser Stelle bedanke ich mich bei meinen Stellvertretern Jörg Hebsacker, Reinhardt Schiller und Gregor Targowski für die gute Zusammenarbeit.

Dank sage ich Helmut Ortmann für seine ehrenamtliche Tätigkeit als Schatzmeister!

Danke sage ich den Mitgliedern des Bundesvorstandes und Hauptausschusses!

Allen spreche ich, die rein ehrenamtlich für den CGB in den letzten vier Jahren gearbeitet haben, meinen Respekt und meine Anerkennung aus – dafür der Dank vom gesamten Bundeskongress und von mir persönlich!

Und am Schluss ein großer Dank den hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, die sich mit einem überdurchschnittlichen hohen Einsatz für eine erfolgreiche Zukunft des Christlichen Gewerkschaftsbundes Deutschlands eingesetzt haben!

Stellvertretend für die vielen Helfer danke ich hier unserem Generalsekretär Gunter Smits, unserer Juristin Anne Kiesow und Anja Kracht vom CGB – Büro in Berlin!

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen,

dies war mein Rechenschaftsbericht – ein kleiner Auszug von Themen aus der Arbeit der letzten vier Jahre.

Die Arbeit machte mir persönlich Freude und daher fällt es mir leicht anzukündigen, dass ich erneut zum Bundesvorsitzenden kandidiere.

Ich bitte bei der anschließenden Wahl um Ihre Stimme und um das Vertrauen für die Kandidaten zum Bundesvorstand.

In diesem Sinne Glück auf für den CGB und vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit